

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507.

OC-Prozess in der Dunkelkammer.

Die Öffentlichkeit ausgeschlossen. — Auch die Anklageschrift kann die Wahrheit nicht sagen.

B. S. Leipzig, 22. Oktober. (Drahtbericht.)

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begann heute morgen unter starkem Andrang des Publikums der angeklagte Prozess gegen 26 leitende Mitglieder der Organisation Consul. Schauplatz der Verhandlung ist wieder der große Senatssaal des Reichsgerichts, in dem besondere Vorkehrungen getroffen werden mußten, um eine so ungewöhnlich große Anzahl von Angeklagten und Verteidigern unterzubringen. Sehr zahlreich ist wiederum auch die Presse vertreten.

Pünktlich um 9 Uhr betrat der Gerichtshof den Saal, und sein Vorsitzender, Senatspräsident Riedner, eröffnete die Verhandlung. Dann wurden die Angeklagten zunächst über ihre Personalien vernommen, und zwar zuerst die Kapitanleutnants a. D. Hoffmann, v. Killinger und Kautter, die von der Anklage als die eigentlichen Gründer und Führer der O. C. betrachtet werden. Hoffmann ist Student in München, v. Killinger bezeichnet sich als kaufmännischer Angestellter, während Kautter befindet, daß er kein Studium aufgegeben habe und einen anderen Beruf suche. Als „beschäftigungslos“ bezeichnet sich von den übrigen Angeklagten der frühere Student Klinisch aus Koburg, ebenso der frühere Bankbeamte Alfred Hentel aus Gotha, Korvettenkapitän a. D. Dietrich v. Abendroth ist, wie keine Personalvernehmung ergab, jetzt Geschäftsführer eines „Nationalen Klubs“.

Unverschämte Erklärung eines Verteidigers.

Vor Verlesung der Anklageschrift, die nicht weniger als 150 Schreibmaschinenseiten umfaßt, erhob sich der Hauptverteidiger, Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune-Göttingen zu einer Erklärung, in der er ausführte, daß ein Delikt gegen das Republiksschutzgesetz in dem vorliegenden Fall nicht bestehe. Trotzdem wollten die Angeklagten den Staatsgerichtshof anerkennen. „Die Angeklagten wissen“, so betonte der Verteidiger, „daß sie vor den süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofs gehören, und sie wissen, daß für zwei behinderte Mitglieder des Staatsgerichtshofs die Herren Wiffell und Bröndes, Mitglieder der SPD, die nicht zuständig sind, eingetreten sind. Die Angeklagten protestieren gegen diese Herren nicht! Es ist ihnen sogar lieb, wenn die Herren von der Sozialdemokratie erfahren, was von den großspatigen Anklagen gegen die O. C. übrig geblieben ist. Aber die Angeklagten wollen wenigstens wissen, wie diese Stellvertretung zustande gekommen ist.“

Nach längerer Beratung des Gerichts erklärte der Präsident: Staatspräsident Blos-Stuttgart und Bürgermeister Adeltung-Mainz seien erkrankt und Professor van Calker verhindert. Es sei beim Staatsgerichtshof üblich, daß man nicht die ordnungsmäßigen Vertreter berufe, sondern Herren, die gerade zur Hand wären, um eine Verzögerung der Verhandlung zu vermeiden. Es sei häufig vorgekommen, daß Herren des Norddeutschen Senats als Vertreter im Süddeutschen Senat saßen.

Die Verteidiger haben darauf um eine Verhandlungspause, um zu dieser Erklärung des Gerichts Stellung zu nehmen. Nach dieser zweiten Unterbrechung der Sitzung gab dann im Namen der Angeklagten und der Gesamtverteidigung R.-M. Dr. Luetgebrune eine Erklärung ab, die lediglich demonstrativen Charakter hatte, da es gegen die Beschlüsse des Staatsgerichtshofs ja bekanntlich ein Rechtsmittel nicht gibt. Der Verteidiger erklärte: „Die Verteidiger rügen die nichtordentliche Besetzung des Staatsgerichtshofs. Es ist gleichgültig, ob die ordentlichen Vertreter leicht oder schwer zu erreichen waren. In dem Protokoll vom 11. August 1922, worin die süddeutschen Staaten sich bereit erklärten, besonders Bayern, ist ausdrücklich betont, daß der Süddeutsche Senat völlig unparteiisch zusammengesetzt sein soll. Es ist aber doch merkwürdig, daß die beiden Herren der Sozialdemokratie jetzt auf diesem Wege in den Senat gebracht worden sind.“ (Auch Blos und Adeltung sind bekanntlich Sozialdemokraten! Red. d. B.)

Rechtsanwalt Niehammer protestierte gegen diese Aufstellung. Die Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofs sei selbständig in der Besetzung des Senats. Richtig ist, daß die Vergehen, die den Angeklagten zur Last gelegt werden, in München begangen sind, aber sie dehnen sich auf das ganze Reich aus. Deshalb scheint es mir angemessen, daß der Senat auch von norddeutschen Mitgliedern besetzt ist.

R.-M. Dr. Luetgebrune: Da die Sache dem Süddeutschen Senat zugewiesen ist, mußte die Besetzung des Senats nach dem Grundgesetz durchgeführt werden, daß kein Angeklagter seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf.

Nach dieser Erklärung trat das Gericht abermals zur Beratung zusammen, als deren Ergebnis der Präsident verkündete, daß das Gericht die

Rüge der Verteidigung zurückweise.

und daß der Präsident des Staatsgerichtshofs durchaus entsprechend der Geschäftsordnung gehandelt habe. Die Angeklagten hätten gar kein Recht zur Beschwerde, da man ursprünglich die ganze Verhandlung vor den Norddeutschen Senat bringen wollte. Die Angeklagten dürften dem zuständigen Senat in seiner jetzigen Zusammensetzung volles Vertrauen (!) entgegenbringen.

Damit trat man in die Verhandlung ein, und Kapitanleutnant Hoffmann wurde als erster vernommen.

Vors.: Sie sind doch einer der Gründer der Organisation Consul. Schildern Sie uns, wie Ehrhardt die zweite Marinebrigade bildete. Angekl. Hoffmann: Im Jahre 1920 kam ich aus der Gefangenschaft und trat in die 2. Marinebrigade ein. Vors.: Diese Brigade bestand doch mit Wissen der Regierung und war für die Regierung in München, Mitteldeutschland und Schlesien aufgestellt. Sie hat sich dadurch nur verdienstvoll gemacht. Später wurde der Regierung von der Entente nahegelegt, die Brigade aufzulösen, und die Regierung konnte sich dem nicht entziehen, trotz aller Vorstellungen von Ehrhardt und General Wittwich, der sich offen widersetzte, so daß Befehle gegen ihn und Rapp erlassen wurden. So kam der Rapp-Bußch. Angeklagter: Am Abend des 13. März, als Ehrhardt in Berlin eingekerkert war,

kam ich als Sturmsoldat zu ihm. — Vors.: Sie mußten damals doch, daß

das Unternehmen sich gegen die Regierung richtete.

Angekl.: Darüber habe ich mir keine Gedanken gemacht. Ich kam aus Dresden nach Berlin und stellte mich zu Verfügung. Sodann wird der Angeklagte Hoffmann über die Entstehung der Geheimorganisation befragt. Dabei kommt es zu dem erwarteten Ausschluß der Öffentlichkeit.

Die „Verdienste“ in der Dunkelkammer.

Angekl. Hoffmann: Zwischen unseren Arbeitsgemeinschaften bestand ein loser Zusammenhang. Als in Oberschlesien die Abwehrfront entstand, war unsere Parole: „Was Seine hat, gehört zu dem Abwehrkampf dorthin.“ Das war unsere Pflicht dem Vaterlande gegenüber. Dort in Oberschlesien sind Dinge entstanden, um deren willen ich hier angeklagt bin. Ich bitte mich deshalb, obwohl die Dinge drei Jahre zurückliegen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu vernehmen. Die Presse hat so maßlos gegen uns gehetzt, daß viele meiner Kameraden bis heute keine Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft gefunden haben. Ich habe auch bei der Voruntersuchung gewisse Dinge nicht berührt, um mein Vaterland nicht zu schädigen. Vors.: Sie können sich doch aber am besten vor der Öffentlichkeit reinigen. Angekl.: Der hohe Gerichtshof wird sicher die Form finden, meine geheimen Mitteilungen später bekannt zu geben. R.-M. Bloch: Die Anklage ist geheim erhoben und bis zu diesem Augenblick geheim behandelt worden. Wenn Herr Hoffmann öffentlich ausfragt, so ist es völlig unerschöpflich, warum man bisher die Anklage geheim hielt. Justizrat Hahn: Die Angeklagten haben das größte Interesse, öffentlich zu sprechen. Ob das aber im Interesse des Staates liegt, möchte ich bezweifeln.

Rechtsanwalt Niehammer:

Die Vereinbarungen, die zur Schaffung der O. C. führten, sind derart, daß man öffentlich im Interesse des Landes nicht darüber sprechen kann. Auch die Anklageschrift durfte die volle Wahrheit nicht sagen. Ich bitte, bei Besprechung des oberschlesischen Selbstschutzes die Öffentlichkeit auszuschließen.

Das Gericht beschloß darauf mit Rücksicht auf die Gefährdung der Staatssicherheit die Öffentlichkeit für den Teil der Vernehmung, der die Entstehung der O. C. schildert, auszuschließen.

Landtagsauflösung beschlossen.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Landtags steht als erster Punkt der Antrag aller Fraktionen auf

Auflösung des Landtags.

Das Wort zur Begründung des gemeinsamen Antrages auf Auflösung wird nicht verlangt. In der Besprechung des Antrages empfiehlt

Abg. Meyer-Ostpreußen (Komm.) die Annahme zweier von seiner Fraktion gestellten Anträge, die besagen, das Staatsministerium aufzulösen, in Verbindung mit der Reichsregierung die freie Wahlpropaganda für alle Parteien zu sichern durch Haftentlassung aller Wahlkandidaten und Agitatoren für den Reichs- und Landtag und durch Verhinderung jeder neuen Verhaftung von Wahlkandidaten und Agitatoren sowie ferner, das Staatsministerium zu ersuchen, von der Reichsregierung die Aufhebung des Belagerungszustandes sowie Sicherstellung einer ungehinderten Wahlpropaganda für alle Parteien zu verlangen.

Abg. Windler (Dnt.): Hoffentlich werde der neue Landtag nach der Wahl so bald wie möglich einberufen, damit wir endlich zu einer anders zusammengesetzten Staatsregierung kommen. (Beif. Abg. bei den Regierungsparteien.) Der Redner gibt der Erwartung Ausdruck, daß das Staatsministerium sich als ein reines Geschäftministerium betrachte und keine grundlegenden Maßnahmen mehr vornehme.

Hierauf wurde ohne weitere Aussprache der Antrag auf Auflösung einstimmig angenommen.

Der Antrag war von allen Fraktionen gestellt und befragt: „Nachdem das Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Kabinettsrat als Tag der Neuwahl des Preussischen Landtags den 7. Dezember 1924 bestimmt hat, löst sich der Landtag am 6. Dezember dieses Jahres auf.“

Vizepräsident Dr. v. Kries stellt fest, daß mehr als zwei Drittel der Auflösung zugestimmt haben, daß also der Antrag mit der gesetzlich erforderlichen Mehrheit angenommen ist. (Beifall.) — Die kommunistischen Anträge auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Haftentlassung aller Kandidaten usw. werden gegen die Linke einschließlich der Demokraten abgelehnt. (Beifall links.) Hierauf geht das Haus die zweite Beratung des Haushalts des Volkswohlfahrtsministeriums fort.

Eine Zentrumsfundgebung.

Abwarten!

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei folgte folgende Entschliebung:

„Der Reichstag und der Preussische Landtag sind aufgelöst. Ein bedeutender Wahlkampf steht bevor; die Zentrumspartei hat ihn nicht gesucht. Sie sieht ihm jedoch, in der Ueberzeugung von der Richtigkeit und der vaterländischen Notwendigkeit ihrer Politik und im Vertrauen auf die bewährte Treue ihrer Wähler, mit unbeirrbarer Zuversicht entgegen.“

Am 27. und 28. Oktober tagt der Reichsparteitag. Seine vornehmste Aufgabe wird es sein, die großen Linien für den kommenden Wahlkampf zu ziehen. Deshalb keine vorzeitigen Kundgebungen einzelner in unseren Reihen. Es müssen die Beschlüsse des Parteitags abgewartet werden.“

Die Auflösung wider Willen.

Von Hermann Müller, Frankfurt.

Alle bürgerlichen Parteien wollten die Auflösung des Reichstages vermeiden. Am meisten die Deutsche Volkspartei, die am 24. September die Krise mit ihrem Verlangen auf einseitige Erweiterung der Reichsregierung nach rechts eröffnete. Noch am Sonntag hat Stresemann in Frankfurt am Main gegen die Auflösung geredet. Die „Kölnische Zeitung“ sah aus innen- und außenpolitischen Gründen in der Auflösung eine „Katastrophe“. Nur so erklärt es sich, daß fast vier Wochen lang ein eifriger Kuhhandel um Ministerfüße getrieben werden konnte. Außer der Sozialdemokratie wollte eben jetzt keine Partei das Ende dieses Reichstages.

Sollte die Auflösung vermieden werden, so gab es, da der Bürgerblock ohne Demokraten keine sichere Mehrheit hatte, nur eins: Marx hätte mit seinem Kabinett vor den Reichstag treten müssen. Er wäre dort sicher nicht gestürzt worden. Diesen immer wieder von der Demokratischen Partei vorgeschlagenen Weg konnte Marx nicht betreten, weil die deutsch-volksparteilichen Minister in diesem Falle aus der Reichsregierung auszutreten drohten. Aus der schleichenden Krise wäre die offene geworden. Die Deutsche Volkspartei fühlte sich durch den unsittlichen Berliner Pakt an die deutschnationale Partei gebunden. So kam es schließlich zur Auflösung wider den Willen aller bürgerlichen Parteien. Während Macdonald in England zur Auflösung griff, um schnell eine reinliche Entscheidung herbeizuführen, kam sie bei uns am Ende mihingener Schiebergeschäfte, weil einfach nichts anderes übrig blieb.

Nur die Sozialdemokratie hat in allen Phasen der Krise allen Beteiligten immer wieder erklärt, daß die Auflösung dieses Reichstages erfolgen müsse, daß sie eigentlich sofort nach Verabschiedung der Dawes-Gesetze fällig gewesen sei. Der jetzt ohne Einberufung durch Wolffs Telegraphenbureau in Auflösung verlesene Reichstag war eigentlich schon nicht mehr zeitgemäß, als er zum ersten Male zusammentrat. Seine erste Tagung wurde nach den französischen Wahlen am 11. Mai eröffnet, die die Grundlage für eine wesentliche Wendung der europäischen Politik geschaffen haben. London und Gené hätten nicht so erfreuliche Ergebnisse gehabt, wenn der 11. Mai nicht zum Sturz Poincarés geführt hätte. So trug der am 4. Mai gewählte Reichstag den Stempel der Vergangenheit, während es galt, für die Zukunft Politik zu machen. Die Sozialdemokratie war im alten Reichstag gegen den frühen Wahltermin gewesen. Die Förderer einer reaktionären Innenpolitik konnten aber damals die Wahlen nicht früh genug bekommen; der zu früh geborene Reichstag wies dann auch alle Zeichen der Unterteilung auf. Die kommunistischen und nationalsozialistischen parlamentarischen Siebenmonatskinder waren natürlich mit diesem Reichstag zufrieden.

Die Kommunisten haben im Kabinettsrat des Reichstages nicht für die Auflösung plädiert. Sie leben nur von Protestationen, aber wo blieb ihre Agitation für Auflösung dieses Reichstages? Ihr Ausbleiben ist begreiflich. Die Kommunisten sind zurzeit so durcheinander, daß sie bei einer Reichstagswahl mit schweren Verlusten zu rechnen haben. Der Dawes-Plan sucht eine Verteidigung der Entente auf ökonomischen Wegen bei Stabilisierung der deutschen Währung zu erreichen. Das bedeutet das Ende des Traumes von der Weltrevolution.

Auch die Völkischen waren so still wie noch nie während einer Krise. Herr v. Graefe machte zwar Witze über die bescheidenen Deutschnationalen, aber die Art, mit der er früher die Leidenschaften aufzupeitschen unternahm, schien ihm ganz abhanden gekommen zu sein. Die Völkischen, die im Reichstag bisher nichts für das Volk geleistet haben, fürchteten den deutschen Wähler als Richter über völkische Impotenz. So fanden die Sozialdemokraten in den beiden anderen „Oppositionsparteien“ keine Unterstützung, als sie die Auflösung forderten.

Die Deutschnationalen aber hatten seit ihrem Auseinanderfall bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze, die das „zweite Versailles“ ohne Volksbefragung erst ermöglichte, den Charakter der Oppositionspartei eingebüßt. Ihr Führer Hergt hatte versprochen müssen, daß er als Fraktionschef zurücktreten würde, sobald der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung erfolgt. In dem Eintritt in die Regierung sahen die Deutschnationalen aber die einzige und letzte Rettung vor der Rache des Wählers. Die Deutschnationalen waren seit ihrem Auseinanderfallen nur noch Bruch. Als solcher wollte die Partei, die sich im Mai mit ihren irrationalen nationalsozialistischen Phrasen 105 Mandate erschlichen hatte, nun, da sie Trägerin der Erfüllungspolitik geworden war, begreiflicherweise sich nicht vor den Wählern sehen lassen. Für eine spätere Zeit hoffen ihre Führer auf die bewährte Vergeßlichkeit des deutschen Michel.

Die Mittelparteien hätten trotz der unüberwindlichen Abneigung der Deutschnationalen gegen Neuwahlen die Auflösung bald erzwingen können. Sie wollten aber nicht. Die Deutsche Volkspartei und das Zentrum hatten dafür Gründe der Taktik. Es ist traurig, daß in einer Zeit, in der außenpolitische Entscheidungen von größter Tragweite in Sicht sind — Räumung der Kölner Zone, Aufhören der Militärkontrolle, Abtötung der Fristen der Ruhrbesetzung — Zentrum und Deutsche Volkspartei die Regierungsbildung unter Zurückstellung aller grundsätzlichen Gesichtspunkte nach taktischen Erwägungen vornehmen wollten. Sie folgten darin den Beispielen des Reichsaußenministers Strese-

man, der die Auffassung vertrat, daß gerade wegen der außenpolitischen Lage die Deutschnationalen in die Reichsregierung aufgenommen werden müßten, denn man müsse sie binden. Herr Stresemann fürchtete als Außenminister eine hemmungslöse Störungspolitik der Deutschnationalen, die sich in kleinen und großen Anfragen äußern konnte. Die Deutschnationalen sollten also in die Reichsregierung aufgenommen werden, weil man ihnen zutraute, daß sie in ihrer Agitationspolitik alle vaterländischen Interessen außer acht lassen würden, wenn sie nicht an die Fronttruppe kommen würden. Die Deutsche Volkspartei und der rechte Flügel des Zentrums hatten aber auch innerpolitische Gründe, die Deutschnationalen regierungsfähig zu machen. Sie wollten dadurch vor den nächsten Wahlen den Deutschnationalen die Gisthölle ausbrechen. Durch Teilnahme an der Verantwortung in einer Regierung der Erfüllungspolitik sollten sich die Deutschnationalen gründlich kompromittieren, sollten sie die Vorteile einer Oppositionspartei im politischen Konkurrenzkampf verlieren. Besonders die Deutsche Volkspartei hoffte dadurch Wähler zurückzugewinnen, die sie im Mai verloren hatte, weil der von deutschen Oberlehrern geleitete deutsche „Ebelmenich“ damals noch glauben durfte, daß zwischen der Politik Stresemanns und Hergis noch ein Unterschied wäre.

Das Gros des Zentrums endlich wollte unter keinen Umständen jetzt einen Wahlkampf, weil es fürchtete, daß unter der Parole für und gegen Zölle auf Lebensmitteleinrichtungen die rheinischen Bauern und die rheinisch-westfälischen Arbeiter noch mehr hintereinander kämen, als sie es schon sind. Außerdem behaupteten die Zentrumsführer, daß sie in einem Wahlkampf nicht sehr viel gewinnen könnten.

Die Demokraten endlich waren aus doktrinären Gründen gegen eine Auflösung. Sie wollten, daß sich das Kabinett dem Reichstag stellen sollte, der es stützen oder stürzen konnte. Bei ihnen lag die Entscheidung, weniger wegen ihrer Zahl, als weil Stresemann weiß, daß er mit seiner „Zeit“ gegen die große demokratische Presse auf die Dauer keine Außenpolitik machen kann. Die Demokraten müssen im Zeichen von Schwarz-Rot-Gold in diesem Wahlkampf gewinnen. Zu einer wesentlichen Verschiebung des Wahlergebnisses braucht es aber gar keines sehr großen Gewinnes der Demokraten. Selbst die Rechtsparteien rechnen mit einem sozialdemokratischen Zuwachs von mindestens 25 bis 30 Mandaten. Das war einer ihrer Gründe gegen die Auflösung. Denn es gibt bürgerliche Parteien, denen im Reichstag 60 Kommunisten und 100 Sozialdemokraten lieber sind als 30 Kommunisten und 130 Sozialdemokraten. Für uns waren die uns allgemein gestellten Prognosen erfreulich. Im März dieses Jahres saßen alle Reaktionen von dem unabweisbaren Ende der deutschen Sozialdemokratie. Fünf Monate später ist kein Streit darüber, daß wir das Kennen machen werden.

Obwohl die Sozialdemokratie mit der Forderung der Auflösung des Inflations-Reichstages allein stand, kam sie ans Ziel. Die Wähler und Wählerinnen haben nun das Wort. Sie werden sich bewähren und der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme geben, der einzigen Partei, die zu den Wählern Vertrauen hatte.

Unter falscher Flagge.

Das außenpolitische Programm der Deutschnationalen.

Der deutschnationalen Graf Westarp hat in Wilmersdorf eine Wahlrede gehalten, in der er auf das außenpolitische Programm der Deutschnationalen einging. Er stellte die Behauptung auf, daß die Deutschnationalen nicht daran dächten, die bisherige Außenpolitik zu untergraben. Ueber die allgemeinen Richtlinien sagte er, nach einem Bericht der Telegraphenagentur:

„Er erklärte, daß an der Erfüllung der Gutachten keine Regierung vorübergehen könne, auch wenn Deutschnationalen darin seien. Es werde aber darauf ankommen, wer die deutsche Regierung bei der Handhabung der

Gesetze zu vertreten hat. Man werde alles daran setzen müssen, die Gesetze für Deutschland erträglich zu machen. Darum war das Ziel der Deutschnationalen: hinein in die Regierung, teilhaben an der Verbesserung dieses Gesetzeskomplexes.“

„Es ist falsch, wenn man sagt, wir hätten die Richtlinien des Kanzlers vorbehaltlos angenommen. Wir haben uns insbesondere mit dem Satz über den Eintritt in den Bänderbund nicht einverstanden erklärt. Auch die übrigen Punkte der Richtlinien haben wir nur als Verhandlungsgrundlage angenommen. Eine falsche Auffassung ist es auch, wenn behauptet wurde, die Deutschnationalen seien umgefallen und bereit, die Außenpolitik in der bisherigen Form unverändert fortzuführen. In den Richtlinien ist diese Forderung auch nicht aufgestellt, da wir uns nie darauf eingelassen hätten. Die Richtlinien enthalten nur die Feststellung, daß die Londoner Abmachungen durchgeführt und bestimmend für die Außenpolitik sein müßten. Unsere Kritik an den Londoner Abmachungen halten wir voll aufrecht.“

Diese Ausführungen zeigen, daß die Deutschnationalen in einer Bürgerblockregierung unter der falschen Flagge der Fortführung der bisherigen Außenpolitik eine Taktik der Sabotierung der bisherigen Außenpolitik betrieben haben würden. Im einzelnen stellte Graf Westarp als deutschnationalen außenpolitischen Richtlinien auf: Nullifizierung der Kriegsschuldenklärung, kein Eintritt in den Bänderbund.

Die große außenpolitische Gefahr, die eine Regierung unter deutschnationaler Führung, die unter falscher Flagge deutschnationalen Außenpolitik betreiben würde, für Deutschland bedeutet, ist damit deutlich aufgezeigt.

Risse in der KPD.

Der Kampf mit den Opportunisten.

Die Reibungen in der kommunistischen Partei werden immer stärker. Sie sind die unausbleibliche Folge der kommunistischen Politik selber. Die linken Führer der KPD betonen offener, daß unter ihrer Führung seit dem Oktober vergangenen Jahres die Partei eine ganz andere geworden ist. Sie sprechen davon, daß „aus einer radikalsozialistischen eine bolschewistische Partei geworden“ sei. Da ist es kein Wunder, daß die Massen zu rebellieren anfangen. Die Massen haben keine Lust zuzusehen, wie die kommunistischen Führer tagaus tagein nichts anderes tun, als dem Bürgerblock die Steigbügel zu halten. So entstehen dann Szenen, wie sie die „Rote Fahne“ sehr vorsichtig und reserviert in einem Bericht über eine Neutidner Mitgliederversammlung andeutet. In dem Bericht heißt es:

„In einer von mindestens 600 Mitgliedern besuchten Versammlung, zu der die „Volge-Anhänger“ (das sind die kommunistischen Revisionisten, D. Red.) alle Mann aufgeboden hatten, verfuhr sich nach dem Bericht des Genossen Kasper die „rechte Fraktion“ durch Bolze, dem ebenso, wie auf dem Bezirksparteitag auf Antrag der Bezirksleitung, verlängerte Redezeit gewährt wurde, ihren von der Politik der Gesamtpartei abweichenden Standpunkt zu verteidigen. Obwohl B. in dieser Versammlung viel weniger offen als auf dem Bezirksparteitag auftrat, erkannte die Mitgliedschaft die opportunistischen Abweichungen in den Auffassungen von Bolze und seinen Freunden, was durch die nachfolgende, mit allen gegen 15 Stimmen angenommene Resolution zum Ausdruck kommt: „Die Mitgliederversammlung des 14. Bezirks begrüßt die politischen Beschlüsse des Berliner Bezirksparteitages. Sie verurteilt aufs entschiedenste das Ausfragen des Genossen Bolze. . . . Weder im Bezirk noch im Betrieb dürfen sich Kommunisten zu einem offenen oder versteckten Bündnis mit der verräterischen Sozialdemokratie hergeben. Aktive Arbeit im Betrieb, in der Gewerkschaft, überall da, wo proletarische Massen sind, macht sich der 14. Bezirk zur höchsten Pflicht, um den Sieg der Revolution herbeizuführen.“

Die Annahme einer solchen Resolution — ausgedrückt in Neutidner, einer reinen Arbeiterstadt — ist um so pikant, als Neutidner in Groß-Berlin der einzige Bezirk ist, in dem die Kommunisten es für richtiger befunden haben, beim Abbau

des Bezirksamtes mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen. Konsequenz ist niemals eine Stärkung der KPD. Gewessen. Jedenfalls spricht die bloße Tatsache eines solchen Verkehrs deutlich genug dafür, daß die KPD, wieder beginnen muß, ihre Zeit auf taktische Diskussionen zu verwenden. Im allgemeinen wird das in der kommunistischen Presse nach Möglichkeit verdeckt. Je stärker aber der Druck der Zentrals auf Verschweigung der Differenzen ist, um so schärfer wirkt die schließlich unvermeidliche Aussprache. Schon muß die Parteileitung wieder beginnen, Statistiken über Zustimmungsvotum zu veröffentlichen. So gliedert die „Rote Fahne“ eine Aeußerung der „Hamburger Volkszeitung“:

„Der Zentralkomitee hat scharf den Trennungsstrich gegenüber einzelnen Elementen gezogen, die da glauben, die Gewinnung der Massen sei gleichbedeutend mit der Verschleierung und Verheimlichung unserer revolutionären Ziele und mit der Anpassung an sozialdemokratische Illusionen und schließlich Aufgabe leninistischer Prinzipien. Die vom Zentralkomitee erneut beauftragte Linie unserer Taktik will unserer Partei den Charakter einer Massenpartei ohne jegliche Verwässerung der revolutionären Prinzipien erhalten.“

Der Trennungsstrich ist offenbar innerhalb der KPD gezogen, die danach also noch nicht restlos gereinigt ist. Wir wünschen dem Fortgang der Reinigungsprozedur den allerbesten Erfolg. Bei den Wahlen werden die Volksmassen von sich aus das nötige dazu beitragen, um sie so weit fortzuführen, bis Deutschland von den Kommunisten ganz gereinigt ist.

Ernennung des Reichswahlleiters.

Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamts, Geheimen Regierungsrat Prof. Dr. Wagemann, und zu seinem Stellvertreter das Mitglied des Statistischen Reichsamts, Geheimen Regierungsrat Weisinger, ernannt. Die Geschäftsräume des Reichswahlleiters befinden sich Berlin W. 10, Lützowufer 8; Fernruf: Berlin Kurzfürst 9509; Tele grammadresse: Reichswahlleiter Berlin W. 10.

Gegen Eigenmächtigkeiten der Regierung.

Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sah in ihrer heutigen Sitzung, die zur Stunde noch fortbauert, einmütig folgende Entschliebung:

„Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands legt gegen die Absicht der Reichsregierung, auf Grund der am 31. Oktober ablaufenden Ermächtigung zur anderweitigen Festsetzung des Ortszulags selbständig und unter Ausschaltung des Reichstags und der Länder des System des Ortszulags durch das System des Wohnungsgeldes zu erlegen, scharfsten Protest ein.“

Die sozialdemokratische Fraktion kann nicht anerkennen, daß die vom Reichsfinanzministerium eingeleiteten Erhebungen über die Höhe der Wohnungsmieten, die sich lediglich auf die zurzeit gehaltenen Mieten stützen und die Notlage auf dem Wohnungsmarkt sowie berechtigten Wünschen der Beamten nach Beschneiden, aber doch angemessenen Wohnungen vollständig außer Betracht lassen, eine geeignete Grundlage für die Aufstellung des neuen Ortszulagsverzeichnisses bilden. Ein solches Ortszulagsverzeichnis müßte um so mehr abgelehnt werden, als es auch für die Reichs- und Staatsarbeiter und Angestellten sowie für die Kriegssapfer große Nachteile zur Folge hätte.

ferner verurteilt nicht davon, daß die Reichsregierung den Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion nach Abschaffung der Tarifklassen 6 und 7 und der Ortszulassen D und E zu entsprechen gedenkt.

Die sozialdemokratische Fraktion ersucht deshalb die Reichsregierung, von der Absicht einer selbständigen Aenderung des bisherigen Systems des Ortszulags Abstand zu nehmen und sich darauf zu beschränken, zum Ausgleich der inzwischen eingetretenen Mietsteigerungen den Ortszulag zu erhöhen, die grundsätzliche Neuregelung aber dem neu zu wählenden Reichstag zu überlassen.“

Eine zerbrochene Revolutions-Oper.

(Krenels „Zwingburg“ in der Staatsoper.)

Als Musik zur Oper von Ernst Krenel erklingt in der Staatsoper der erste Satz seiner 2. Sinfonie. Dieses Konzertstück des jungen Mannes aus Wien zeigt in Reinfaktur das Wollen, das Können und das Verlangen eines großen Talents. Aus musikalischen Entwürfen heraus entwickelt sich nicht, sondern springt eine laute, schreiende, von Pauken und Trompeten inspirierte Musik, die nicht zu wachen scheint, sondern mit aller Brutalität und Hemmungslösigkeit willkürlich ausbricht und verschwindet. Ein Hahnenfang gegen unser Ohr, in hypermoderner Mißachtung alles Schönlingens und bar aller Dürft. Aber schon hier, mitten im Gewoge dieser sehr freien und selbständigen Sinfonieführungen bringt etwas durch, was Krenel zu einem Eigenen macht: ein familiärer Sinn für den Rhythmus. Wenn Schreiers Musik auf der Wison eines Klages beruht, so lebt seines Schülers Sinfonie von der Gewalt, der Härte, der Barockmalerei, der Feindteilung. Es liegt etwas jugendlich Ungeheures, Widerpenstiges, Kämpferisches und geradezu Wallüstig-Bernichtendes in diesem Musiktrupp, gleichzeitig etwas, das packt, ohne warm zu machen. Es ist Musik nicht des Herzens, sondern der Verdorn, nicht der im Gefangenen lagernden Gefühlschwärze, sondern nur der gelegentlichen Begehrte, Musik des motorischen, also zeitgebundenen Menschen mit all seinen Schreien, seinen Kämpfen, mit den Spielarten des grotesken, ja, des bellenden Taumels und der chaotischen Trunkenheit. Das Orchester entwickelt sich von den besänftigenden Streichinstrumenten fort zu einer Hymne von Blech- und Schlaginstrumenten. Die Instrumente singen sich nicht durch, sondern schlagen sich durch. Einem aggressiven Wollen gestellt sich eine rücksichtslose Hand und eine Hemmungslösigkeit, wie sie einer Entwicklung bedürftlich sein kann, wenn ein Meister sie führt. Krenel, viellecht der begabteste unter den lebenden jungen Komponisten, ist zu früh frei geworden. Sein Können wird nicht paralysiert durch das Ueberleben eines gereiften Menschen. Die lyrische Komödie „Zwingburg“ ist überall dort packend, wo sie Szene, Theater, Bewegung und Aktion wird; sie bleibt in der Handfertigkeit stecken da, wo sie Komödie, Humour, Gefühl, Melodie werden möchte. In den Stimmen einiger Revolutionskämpfer, wie dem Ausgesprochenen oder dem Trunkenen, ertönt die Gründung gerade dadurch aus, daß die Musik hingelircht, nicht geführt ist. Wo aber etwa Mann und Weib sich zu einem Liebespaar zusammenschließen müßten, da genügt dieser expressivistische Wille durchaus nicht. Krenel hat keinen Sinn oder kein Gefühl für derartige Herzensmomente. Um so stärker ist auch in der Komödie sein rhytmischer Wille, seine rhytmische Kunst. Er befangert die Zeitmaße, er prägt die Tatsachen mit einer archaischen, geradezu revolutionären Kraft aus. Und da in dem Werk von der Gebehrtheit einer gedrückten Masse bis zum taktmäßigen Drehen und Karbeln der Lebensmelodie, von dem Starcken bis zu dem revolutionären Kampfgefühl alles auf Bewegung eingeleitet ist, so stellt sich Krenel für diesen neuen Typ einer Oper, deren „Held“ die Masse Mensch ist, als ein Kommenbes, noch nicht gewendertes, als hoch im ganzen überraschendes Großtalent her-

aus. Mit seiner Kapazität wird in 5—10 Jahren der Reifung zu rechnen sein.

Krenel selbst hat die Idee zu dem Werk geliefert. Franz Werfel hat sie mit außerordentlichem Bühnentakt in schaumgoolde Poesie gehüllt. Dieses Werk hätte ein zeitgemäßes Revolutionsstück werden können; doch ist dem Gedanken einer Abrechnung zwischen Kapital und Arbeiterkraft selber im letzten Augenblick das Rückgrat gebrochen worden. Die Szenen schließen sich leider zu einem Kreis, in dem das Herwendum Zentrum bleibt. Unsere Arbeiter werden, wenn das Werk vor den Volksbühnen-Mitgliedern ercheint, über diesen fehlenden Riß mittelbar die Köpfe zuden und werden sich erinnern, daß die Grundidee des Werkes aus Tolsters „Waldschmümmern“ stammt.

In der „Zwingburg“ herrscht der Febrillismus. Ein armer Teufel hat ihm einst getraut. Dafür wurde er verurteilt, die Drehorgel im Takt der Fronarbeit zu spielen. Heute hat eine gnädige Gönne des Febrillismus den Arbeiter Feiertag verprochen. Schnelldringend begrüßen die Menschen Licht, Sonne und Frühling. Der Ausgesprochene atmet die Sonne ein, der Trinker frönt seinen körperlichen Leidenschaften, der Bergmann verflucht seinen Hammer, der Mann grüßt den Tag, an dem er das geliebte Weib frei umarmen darf. Die Stunde der Liebe ist für die Menschen angebrochen, der Tag des Sagens und der Freiheit. Revolution lauert in diesen Herzen; sie wird überdient vom Jammern des Biermanns. Das freie Weib hat ein neues Gottesmal osbaut, ein Standbild als Symbol der Kraft, der Freiheit, Schönheit und Menschlichkeit. In ihrem Anblick versunken, trunken von Freiheitsgefühl stürmen die Arbeiter die Zwingburg. In diesem Moment schließt das Ende der Feiertage. Auf einmal, ruckartig, erkennen die Menschen, daß sie ihrer alten Triebe nicht Herr geworden sind. Der Ausgesprochene sieht die Klippen der Sonne vor, der Käufer verlangt statt Freiheit Fufel, die Liebende Frau wird als Dirne gebremst, der Bergmann ergreift seinen Hammer wieder und alle erkennen nur einen Herrscher an, den Fronherrn, den Febrillismus, das Kapital. Das Standbild, Symbol der Freiheit, fällt auf den freien Menschen nieder und begräbt ihn, und der Biermann, in Mos tot, ruft den Fluchbrecher, den Herrn der großen Lebensmelodie in den Herzen der kampfgeleiteten Menschheit aus der Verborgenheit auf.

Ein zeitgemäßes Werk mit unzeitgemäßem Abschluß, dennoch künstlerisch geprägt und in seiner fundamentalen Zukunftsanschauung von Ober, Solisten, Szene, Rhythmus und Melodie vorbildlich für ein künftiges Dramaturg. Die Staatsoper hat gewagt, was sie kann. Sie gehe auf diesem Weg weiter, auch wenn es sich um ein Experiment und noch nicht um eine vollendete künstlerische Tat handelt.

Rudi Singer.

Zola auf der Bühne.

Die Uraufführung des vieraktigen Dramas „Therese Raquin“ in Renaissance Theater wäre beinahe so etwas wie eine Sensation geworden. Der Bühnenerreiter hätte gegen das Stück Sturm gelaufen. Warum? Weil es zu schrecklich ist? Oder unmodern? Keine Spur. So die Gesichtspunkte in interessanten Bühnenerreiter weniger. Nein, „Therese Raquin“ ist von Emile Zola,

und Zola ist +++ Franzose. Bekanntlich hat das Bühnentheater im Juli den Vertrag erneuert, nachdem Sünde von französischen Autoren von deutschen Bühnen ausgeschlossen sein sollten, einen Vertrag, der vor seiner Erneuerung an dieser Stelle als albern und von kunstfremden Anschauungen ausgehend gekennzeichnet worden ist. Der Direktor des Renaissance-Theaters, Theodor Logger, setzt guten Willens und erfüllt von künstlerischem Ehrgeiz, hält das Drama für ein großes wertvolles Stück und sieht in ihm eine interessante Vorstufe zu Strindbergs dramatischen Zeilen. Daher hätte er den Bühnenerreiter vor längerer Zeit gebeten, es ihm zur Aufführung freizugeben. Der Bühnenerreiter schlug ihm die Bitte glatt ab. Da vollbrachte Logger eine mutige Tat. Er entschloß sich, „Therese Raquin“ ohne Genehmigung aufzuführen. Und siehe da! Das Bühnentheater gab kein bei und hob den ibrigen Boykott vollständig auf.

Selber war in der Anwesenheit das tapfere Eintreten für Kunst- kultur die einzige Tat. Die Aufführung selbst war keine. Gerade „Therese Raquin“ auszugeben, lohnt sich nicht, lohnt sich besonders in Loggers Bearbeitung nicht. Das düstere Ehe drama, in dem der Liebhaber der Therese mit ihr den Gatten umbringt, aber von Bewusstseins hinterher so gequält wird, daß die liebende Liebe ersticht und sich in grimmigen Hoch verwandelt, dies Drama läßt uns kalt. Ein sensationeller Stoff mit trampfiger Charakterzeichnung der Hauptperson, bei dem wir uns fragen: was geht das uns an? Das Stück hat auch keine Feinheiten. Zola hat das Willen der Bürgerfamilie Raquin mit seiner Beobachtungsgabe betrachtet und die kleinen Eigenheiten und Schwächen der Waaamenchen in seiner Hysteriearbeit bildhaft gemacht. Diese liebevolle Kleinmalerei hat herr Logger gestrichen und nennt sein Zerstückelwerk „Bearbeitung“. Das ist so als wenn man eine fertige Skulptur „solange bearbeitet“, bis nur der rohe Steinblock übrig bleibt.

Die Beugung war ebenfalls verfehlt. Irene Trieb war für die liebevollste Gattin zu alt und Ellen Neufeldter für die heulende Mutter zu jung. So wurde die uns fremde Handlung auch noch unglücklich. Außerdem trieben die Trieb und Theodor Zola ihre schauspielerische Sprechweise so weit, daß man glaubte, Ausländer radebrechen zu hören. Die beiden Hauptfiguren hatten sich in eine Verkrampttheit verrannt, die weder etwas Narürliches noch eine Art Still erkennen ließen.

Dollschöne. Ray Deri beginnt am 25. einen auf sechs Abende berechneten Vortragssklus mit Lichtbildern: „Das Bildwerk“. Die Vorträge finden im Hotel des Kunstgewerksvereins, Grin- Albrecht-Strasse 7a, statt. Einlaßkosten zum Preise von 60 Pf. in den Verkaufsstellen der Volksbühne: Alsterstr. 27, Köpenicker Straße 68, Tiepke Theaterkassen usw.

„Das Rab“ von Paul Bach wird am 20. d. d. 20-jährigen Be- reitens der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß- Berlins am Sonntag, den 26. d. d. 10 Uhr, im Großen Schauspielhaus uraufgeführt. In den Hauptrollen: Dienert, Grün- berg, Hainberg, Kämpfer, Kober, Krause, Röhmed, Regie: Heinz Goldberg.

„Eine Hausmusik bei Goethe vor 100 Jahren zum Besten der Altershilfe und Unterhaltung der Rentnerbeime veranstaltet das Volksbühnen- Orchester am Sonntag, den 26. d. d. 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus am Sonntag, den 26. d. d. 11 Uhr.“

Dortmund geräumt.

Abzug der Franzosen. — Keinerlei Zwischenfälle.

Dortmund, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Stadt Dortmund ist seit Mittwoch vormittag 10 Uhr von französischen Truppen frei. Die Räumung der Dortmund-Hörder Zone vollzog sich in den frühen Morgenstunden. Artillerie, Train und Infanterie wurden auf dem Dortmunder Hauptbahnhof verladen. Kurz vor 10 Uhr verließen Kavallerie und berittene Gendarmen mit klingendem Spiel die Stadt. Vor dem Abzug der Truppen erfolgte die in höflicher Form gehaltene Verabschiedung des Chefs des Zivilbureaus bei den Mitgliedern des Magistrats. Die Bevölkerung verhielt sich in würdevoller Ruhe. Es kam zu keinerlei Zwischenfällen.

Dortmund, 22. Oktober. (W.T.B.) Heute früh 8 Uhr hatten die Franzosen bereits einen Teil ihrer bisherigen Dienstgebäude völlig geräumt. Gegen 8 1/2 Uhr hat General Moritz mit zahlreichen Offizieren in Automobilen das Stadtgebiet verlassen. Die Truppen selbst wussten zu dieser Zeit noch zum großen Teil in der Stadt. Es sind bisher keinerlei Zwischenfälle vorgekommen.

Dortmund, 22. Oktober. (Eca.) Durch die französische Besetzung waren in der Stadt Dortmund 500 Wohnungen mit 1100 Zimmern, Räume in städtischen Schulen, das Goethe-Gymnasium, das staatliche Gymnasium, fünf städtische Verwaltungsgebäude, die für 600 Mann bestimmte neue Schupokaserne, das Hauptpostamt, das Eisenbahnverkehrsamt, das Oberbergamt, der Schlachthof, das Stahlhaus und andere Gebäude beschlagnahmt, die jetzt frei werden.

Uster, 22. Oktober. (Eca.) Die Uebergabe der Eisenbahnwerkstätten von der Regie an die Reichsbahngesellschaft wird in den Tagen vom 26. Oktober bis 1. November erfolgen. Gestern sind viele Angestellte der Regie mit ihren Familien nach ihrer Heimat abgefahren.

Sür den Frieden.

Versammlungen im besetzten Gebiet.

Dortmund, 22. Oktober. (Eca.) Eine gestern abend von der Friedensgesellschaft veranstaltete Kundgebung für Verständigungspolitik und Wälferversöhnung hatte so starken Besuch, daß eine Zweigversammlung abgehalten werden mußte. Hundertschaften des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold der umliegenden Städte waren zum Teil auf Postkraftwagen herbeigeführt worden, um für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Zu Störungen kam es jedoch nicht. Es sprachen der französische General Berrand und General Freiherr von Schönau.

Antipazifistische Kadav-Internationale.

Französische Nationalisten machen es deutschen nach.

Paris, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In einer von der Liga für Menschlichkeit am Dienstag veranstalteten Versammlung in der Buison und Basch sowie der deutsche Pazifist Rucynski zu dem Thema „Deutschland und der Friede“ sprachen, verfuhrte ein Trupp von etwa 80 Mitgliedern der nationalpazifistischen „Action française“ die Versammlung zu sprengen. Es kam zu einem Handgemenge, dem erst das Eingreifen eines starken Polizeiaufgebots ein Ende machte. Zwei Mitglieder der Liga sowie zwei Schutzleute wurden von den nationalpazifistischen Kadavbrüdern verwundet.

Ein Luftzwischenfall.

Paris, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach Aussagen der hiesigen Blätter soll ein am 10. Oktober in St. Cloud bei Paris aufgestiegener französischer Flugballon, der in der Nähe von Emden gelandet ist, von den deutschen Behörden beschlagnahmt worden sein. Die Blätter loben die außerordentlich korrekte und entgegenkommende Haltung sowohl der Bevölkerung wie der zuständigen Behörden, die den Luftfahrern in jeder Weise behilflich gewesen wären, bräuden aber ihr Ersäunen darüber aus, daß die deutsche Regierung die Beschlagnahme eines lediglich Sportzwecken dienenden französischen Ballons angeordnet habe wenige Tage, nachdem ein deutscher Zeppelin (U. S. A. 1. Red.) mit ausdrücklicher Erlaubnis der französischen Regierung ganz Frankreich überflogen habe.

Man kann wohl annehmen, daß die Emdener Beschlagnahme dem Ueberreifer einer untergeordneten Dienststelle zuzuschreiben ist. Im Interesse der deutsch-französischen Beziehungen ist zu erwarten, daß die deutsche Regierung die sofortige Rückgabe des Ballons an seinen Eigentümer, der ein bekannter französischer Sportfreund ist, verfügt.

Deutschösterreichs Heer.

Zuberlässig republikanisch.

Wien, 22. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Endergebnis der Wahlen der Soldatenvertrauensmänner für das gesamte deutschösterreichische Heer hat trotz des Terrors des Heeresministeriums einen großen Sieg des republikanischen Militärs herbeigeführt. Dieser erhielt 225 Mandate, während sich der christlichsozialistische Wehrbund mit nur 23 Mandaten begnügen muß.

Die christlichsozial-großdeutsche Regierung hat überhaupt schlechte Zeiten. Das Eintreten des wiedergewählten Bundeskanzlers Seipel für konfessionelle Schulen und Abschaffung des Elternrechts, die Kinder der Kirche zu entziehen, hat eine große antiklerikale Protestbewegung hervorgerufen. Im Nationalrat gab es Sturmstürzen und sogar einen Auszug der Sozialdemokraten. Ferner hat die schlechte Besoldung und Behandlung der Lehrer durch die christlichsozial-großdeutschen Vönderverwaltungen im Gegensatz zur auskömmlichen Lehrerbesoldung der sozialdemokratisch verwalteten Stadt Wien zu einem eintägigen Proteststreik aller Provinzlehrer geführt, die sich zu einer Demonstrationstagung in Wien vereinigt.

Norwegische Wahlergebnisse.

Erfolge der Arbeiterparteien.

Kristiania, 22. Oktober. (W.T.B.) In Bergen wurden zwei Kommunisten, zwei Rechte und ein Linker (Staatsminister Rowindal) gewählt. In Kristiania hat die Rechte an die Arbeiterpartei einen Sitz verloren. Rechte und freisinnige Linke erhielten hier vier Sitze, die Arbeiterpartei drei. Bisher hat die Bauernpartei fünf Sitze gewonnen, die Sozialdemokraten haben einen gewonnen. Die Linke hat vier Sitze, die Rechte zwei verloren.

Stimmen haben bis jetzt erhalten: Bauernpartei 118 190, Sozialdemokraten 63 780, Arbeiterpartei 165 937, Kommunisten 50 135, Radikale Volkspartei 17 285, Linke 144 247, Rechte 262 491.

Niederlage der Kommunisten.

Kristiania, 22. Oktober. (W.T.B.) In Kristiania stimmten etwa 65 Proz. der Wähler ab, in anderen Städten noch mehr. Es ist sich bereits festgesetzt, daß die Moskauer Richtung eine vernichtende Niederlage erlitten hat und daß der noch junge Bauernbund erneut große Erfolge erzielt.

Neuorganisation der städtischen Wohlfahrtspflege.

Die gefällige Neuorganisation der Fürsorge durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht und das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz verlangt eine Neuorganisation der Organisationen der Wohlfahrtspflege, die sich besonders auf die Vereinheitlichung der Verwaltungsstellen und der stärkeren Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung einzustellen hat. Die Zerspaltung in der Fürsorge, die sich in der Nachkriegszeit durch die Spezialisierung der Bevölkerung in Schichten und Klassen ausgewirkt hatte, entspricht nicht dem Volksempfinden und ist finanziell durch zu große Verwaltungskosten belastet worden. Die Stabilisierung der Geldverhältnisse auf Grund der 3. Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 veranlaßt daher aus Gründen finanzieller Ersparnis eine Vereinheitlichung auf dem Gebiete der Sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene, der Sozialrentner und Kleinrentner, der Wöchnerinnen, der Erwerbsbeschränkten und der Armenunterstützten.

Einheitliche Verwaltung.

Dieser Zusammenfassung liegt der Plan einer einheitlichen Verwaltung zugrunde, der sich nicht mehr in direkter Ersparnis der Verwaltungsmittel, sondern auch in der produktiven Gestaltung aufwendender einheitlicher Fürsorge auswirkt. Die Neuorganisation läßt daneben aber der Wirkung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes freie Bahn, da ihr nur die wirtschaftliche Fürsorge der hilfsbedürftigen Minderjährigen, wie sie innerhalb der Familienfürsorge erforderlich ist, im Rahmen der neu zu schaffenden Fürsorgeverbände obliegt, während sie den Jugendämtern die Maßnahmen der vorbeugenden und nachgehenden Fürsorge und der Jugendpflege überläßt. Dabei ist für ein Festhalten der Fürsorge Voraussetzung, daß eine enge innere Verbindung der allgemeinen Fürsorgeverbände und der Jugendämter in der Arbeit erfolgt, die sich besonders in mittleren und kleineren Großstädten in einer einheitlichen Zusammenfassung auch der Leitung bereits ausgewirkt hat.

Für die Stadtgemeinde Berlin ist durch das Gesetz über die Einheitsgemeinde Berlin die Grundlage für einen systematischen Aufbau der 20 Bezirksfürsorgeverbände gegeben. Außerordentlich schwierig und verantwortungsvoll ist aber die Bestätigung des Zentralwohlfahrts- und Jugendamts auf Grund der neuen Aufgaben, die die gefällige Regelung der Berliner Wohlfahrtspflege stellt. Die 20 Bezirke mit ihren 4 Millionen Einwohnern stellen so verschiedenartige kommunale Gebilde dar, daß wir in ihnen die Bedürfnisse sowohl der reinen Industriestädte (Wedding, Friedrichshagen, Prenzlauer Berg, Neukölln, Lichtenberg) wie der Landgemeinden (Prenzlauer, Reinickendorf) und der Mittelstandsgemeinden (Tempelhof, Treptow, Fontan, Steglitz) und der wohlhabenden Großstadtgemeinden (Charlottenburg, Wilmersdorf und Schöneberg) vertreten haben. Es ist daher für die Entwicklung der Wohlfahrts-

pflege durchaus zu begrüßen, daß das Gesetz über die Fürsorgepflicht die Durchführung einer einheitlichen Fürsorge fordert und besonderer Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, deren Sonderstellung in bezug auf die soziale aufbauende Fürsorge anerkannt wird. In der Neuorganisation ist Sorge dafür getragen, daß die Hauptfürsorge unter Mitwirkung der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen in der eigenen Form weiterbestehen kann, auch als Glied des gesamten Wohlfahrtsamts mit eigener Verwaltung.

Um das Jugendamt.

Von besonderer Bedeutung für die Berliner Verhältnisse ist die neue Organisation des „Zentraljugendamts“, das als Landesjugendamt anerkannt ist und wie kein anderes Land die Verantwortung über eine derartig große Zahl von Jugendlichen trägt, wie sie im Rahmen einer Einwohnerzahl von 4 Millionen Menschen vorhanden sind, noch dazu besonders gefährdet durch die Verhältnisse der Reichshauptstadt. Die Erkenntnis dieser Tatsache, daß dem Landesjugendamt Berlin eine größere Zahl von Kindern untersteht wie irgendeinem anderen Landesjugendamt, erfordert eine besondere Berücksichtigung bei der Neuorganisation. Das Berliner Jugendamt, das von Stadtrat Sassenbach in seinen Anfängen begründet wurde, ist das einzige Landesjugendamt in Deutschland, das einer Frau untersteht und das in den schwereren Jahren seiner Entwicklung eine Festigung und Reform des Bestehenden und einen ergänzenden Ausbau geschaffen hat, der für die kurze Spanne Zeit kaum gläublich erscheint, und der Berliner Jugendfürsorge- und Erziehungsmöglichkeiten gegeben hat, wie sie für die fast gefährdete Entwicklung der Jugend von ungeheurer Bedeutung sind. Es ist daher im Interesse dieser Jugend in einer ruhigen, ausdauernden Fortentwicklung der bisher getroffenen Maßnahmen durchaus erforderlich, daß das Jugendamt im Rahmen des Zentralwohlfahrtsamts als einziges Organ bestehen bleibt und der bisherigen Leitung mit ihrem verantwortlichen Mitarbeiterkreis unterstellt bleibt, wo die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Jugendfürsorge und -pflege sich in jahrelanger Arbeit als außerordentlich erfrischlich erwiesen hat. Diese Form würde auch dem Gesetz entsprechen, das eine in sich geschlossene Leitung und Organisation der Jugendämter vorzieht, gerade in Erkenntnis der außerordentlichen Bedeutung, die die Entwicklung der Jugendwohlfahrt in den nächsten Jahren haben wird.

Wenn die Neuorganisation des Berliner Wohlfahrtsamts sich in der Weise vollzieht, daß im freien Spiel der Kräfte die leitenden Persönlichkeiten der einzelnen Ämter unter eigener Selbstverantwortlichkeit die begonnene Arbeit weiter leisten können, unter Berücksichtigung aller bereiten und geeigneten Kräfte innerhalb des Volkes wird sich die günstig begonnene Reform der Berliner öffentlichen Wohlfahrtspflege gegenwärtig für die Bevölkerung gestalten.

Der Tod des treuen Wächters.

2000 Goldmark Belohnung für Aufklärung einer Missetat.

Das Opfer eines Ueberfalls wurde, wie wir feinerzählt ausführlich berichteten, in der Nacht vom 20. zum 21. November 1922 der Wächter Josef Ehlerz, der bei der Firma Borfig in Legel angestellt war.

Ehlerz erlitt in jener Nacht einen Schlaganfall auf der Schöneberger Straße und Kruppallee einen Schlag auf den Kopf mit getöhltem Metall über den Wausan geworfen worden, als er gerade selbst über den Zaun herübergeklommen war. Der Dieb hat dem Wächter Geld, wenn er ihn laufen lasse. Als der pflichttreue Wächter das ablehnte, zog der Verbrecher eine Selbstschußwaffe und verfeuerte den Wächter durch einen Schuß so schwer, daß er am nächsten Mittag im Krankenhaus starb. Kurz vor seinem Tode konnte er nur noch anreden, daß er den Täter kennen, kam aber nicht mehr dazu, sich auf den Namen zu bestimmen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben jetzt ergeben, daß der Verbrecher unter Beuten zu suchen ist, die vorübergehend in dem Borfigschen Betriebe in Legel beschäftigt waren, wegen Metalldiebstahls aber entlassen wurden. Ein Teil dieser Beute ist wegen dieser Diebstahls noch im Gefängnis, andere sind bereits wieder entlassen worden. Beteiligt sind drei Männer. Der Mann, der den Schuß abgegeben hat, ist etwa 1,80 Meter groß und trägt damals einen grauen emanliegenden, aus Militärstoff gearbeiteten Mantel, einen dunklen Stepphut und einen auffallend großen grünen Kufack mit neuem Lederzeug. Er ist zeitweilig mit zwei anderen Männern bereits gegen 5 Uhr nachmittags in der Nähe des Latortes gesehen worden. Die Firma Borfig hat für die Aufklärung eine Belohnung von 2000 Goldmark ausgesetzt. Zweidienliche Mitteilungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, nimmt Kriminalkommissar Beilke im Zimmer 56 des Polizeipräsidiums entgegen. (Hausanruf 195 und 484.)

Der Raubüberfall in der Frankfurter Straße.

Zu dem Raubüberfall in der Großen Frankfurter Straße wird mitgeteilt, daß die Nachricht von dem Tode der Wirtin Emmi Sabm und nicht zutrifft. Sie liegt im Krankenhaus und dürfte aller Voraussicht nach mit dem Leben davonkommen. Die beiden entkommenen Verbrecher sind ein erst 19 Jahre alter Kaiser Kurt Carow und ein 20jähriger Arbeiter Georg Schönrod. Diese und der verhaftete Missetäter lernten sich nach der Ausreise des Letzteren nicht im Jugendhaus zu Sonnenburg, sondern im Gefängnis zu Perleberg kennen. Carow war von Kindheit auf in der Großen Frankfurter Straße bekannt und auch in dem Hause Nr. 52. Von ihm ging der Plan aus, den Fahrradhandler Kraus zu überfallen und zu verrauben. Vor drei Tagen kamen die Verbrecher nach Berlin und seitdem suchten sie wiederholt die Gelegenheit, ihren Plan auszuführen. Sie wurden aber immer gestört. Als sie endlich kein Geld mehr hatten, beschloßen sie, zur Tat zu schreiten und jeden etwaigen Widerstand zu brechen. Carow verfaß sich mit einer Parabellumpistole, um sie gegen etwaige Verfolger zu gebrauchen. Mit ihr hatte er die Wirtin Sabm niedergeschlagen. Die Filialisten werden von der Kriminalpolizei gesucht. Carow ist etwa 1,67 Meter groß und bartlos und trägt eine helle Drillschleife mit Stebtragen. Breches aus Mandelstein, die alt und von heller Farbe sind. Schönrod ist etwas kleiner, etwa 1,65 Meter groß und unterlegt, hat blondes Haar und ein volles, weißes, ebenfalls glattrasiertes Gesicht, trägt eine hellgraue Mütze, einen hellbraunen kurzen Wälschleier und einen braunen Anzug und spricht holländische Mundart. Mitteilungen an Kriminalsekretär Smatons im Polizeipräsidium.

Ein Wohlfahrtsvorsteher.

Eine Referin schreibt uns aus Schöneberg: Nun soll also auch der Bezirker für das Wohlfahrtswesen in Schöneberg, der Stadtrat Mohs, abgebaut werden. Wer jemals Gelegenheit gehabt hat, mit Herrn Mohs in Verbindung zu kommen, wird zugeben müssen, daß dieser Mann durch sein Wesen und seine Umgangsformen mit den Armen und Hilfe suchenden wie geschaffen für diesen Posten wirkte. Aber Herr Mohs ist Sozialdemokrat und deshalb muß er von dem Posten befreit werden. Rotdämmer Geist ist, was wir brauchen, so scheint man auch im Schöneberger Bezirksamt zu denken. Einen Vorgesetzten davon, wie dieser Geist aussieht, hat mir ein Wohlfahrtsvorsteher in seiner Wohnung in der Volkstraße, dem Beruf nach Magistratssekretär, also ein Beamter in der Republik, bei einem Besuch, den ich diesem Herrn in einer Unterstüßungscafégelegenheit abstaten mußte, gemahnt in dem Verhandlungszimmer eine Wand, vollbehängt mit trummen Säbeln, Seitengewehren aller Größen, Achselklappen von Truppen

verschiedener Länder und das Ganze zerlegt als oberster Aufbau ein richtiggehender Stahlhelm. Zudem hatte der Herr Vorsteher noch ein Stahlhelmbüchlein angelegt. Das uns hilfsuchenden Frauen, die wir durch den unglücklichen Krieg an den Bettelstab gekommen, beim Anblick solcher Tropfen ganz wertwürdig zumute wird, ist wohl selbstverständlich. Ein Gang zu einem Armerwerflicher sollte eben kein Gang ins Zeughaus sein.

Gefährlicher Brand eines Wohnhauses.

In dem Eckhaus Birchowstraße 1/2 und Landsberger Allee, das von 20 Parteien bewohnt wird, kam heute früh um 6 Uhr an mehreren Stellen Feuer aus, das an dem Inhalt der Bodenverfäße und der Dachkonstruktion so reiche Nahrung fand, daß die Wehr mit vier Abschlägen vorrücken und unversäglich über die schon verquälten Treppen und über mechanische Leitern mit vier Schlauchleitungen vorgehen mußte. Durch unangewandtes Wassergerben mit mehreren Motorspritzen gelang es schließlich, das Feuer auf den Dachstuhl zu beschränken. Das obere Geschloß hat etwas durch das Wasser gelitten. Die Entschädigung konnte noch nicht aufgeföhrt werden. Der Schaden ist erheblich und trifft mehrere Mieter, die nicht versichert sind. Gegen Mittag konnte die Wehr wieder abrücken.

250000 M. für die Volksbüchereien.

Seit einiger Zeit sind Klagen laut geworden, nach denen Volksbüchereien in einer Reihe von Bezirken nicht ausreichend bematerialisiert seien. Auch die Stadterordnetenversammlung hat gelegentlich der Prüfung der Haushaltspläne darauf hingewiesen. Der Magistrat hat daher in seiner Sitzung am 18. Oktober 1924 auf Grund eines Beschlusses der Deputation für Kunst- und Bildungswesen beschlossen, für die Auffüllung der Volksbüchereien als einmalige Beihilfe 250000 Mark zu bewilligen, von denen 200000 M. auf Grund einer errechneten Schätzliste auf die Bezirke verteilt und der Rest von 50000 M. der Zentrale für den Ausgleich in besonderen Fällen vorbehalten bleiben sollen.

Mieter-Werbewoche. Versammlung für den Bezirk Kreuzberg am Donnerstag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Walter, Kreuzbergstr. 23. Referent Genosse Landesrat Ernst Ruben. Berlin: „Der gegenwärtige Stand des Kampfes um den Mieterhaushalt und die politischen Parteien“.

Der Berliner Spar- und Bauverein wird auf dem ihm gehörenden Gelände am Schillerpark noch in diesem Jahre vier Häuserblocks mit 102 Wohnungen errichten. Die Häuser werden noch dem Entwurf des Architekten Bruno Taut errichtet. Es ist zu begrüßen, daß die Genossenschaft auf ihren bereits bestehenden Entwurf verzichtet hat, um den weit moderneren Entwurf Tauts anzunehmen.

Entplanen aus dem ehemaligen preussischen Posten und Westpreußen! Alle früheren deutschen Reichsangehörigen, die feinerzählt die polnische Staatsangehörigkeit durch Option erworben haben, werden ersucht, sich in ihrem eigenen Interesse und zur Vermeidung von Weiterungen unverzüglich auf einem Polizeibüro innerhalb Groß-Berlins oder im Optionsbureau des Polizeipräsidiums Berlin-Schöneberg, Goethe Straße 19, Zimmer 255, zur Angabe ihrer Personaler zu melden.

Unentgeltlicher Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Übungen findet wieder im Kinderhaus wöchentlich einmal statt. Vorlesungen schriftlich oder mündlich von 2-6 Uhr im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 97.

Sprechstunde für proletarische Zeitungen, Donnerstag, abends 7 Uhr, Lehnhofstraße im Gefängnis der Sophienstraße, Weinmeisterstraße 16/17.

Das Sionie-Orchester der Schutzpolizei verankert auch in diesem Winter in leitender Weise fünf Konzerte zu Wohlfahrtszwecken. Das erste Konzert findet am 13. November im Eldfänger-Saal mit Walter Ströb als Gast statt. Bei verhältnismäßig geringen Eintrittspreisen bieten diese Konzerte auch den weniger Bemittelten musikalischen Reizen Gelegenheit, gebiegene, gute Musik zu hören.

Ein Ueber-Geppellin. Die „Times“ erfahren aus New York, daß die Woodgear-Geppellin-Company in Akron den Bau eines Geppellin-Luftschiffes mit einem Gasinhalt von 3 Millionen Kubikfuß beschließt. Das neue Luftschiff würde somit doppelt so groß wie der J. A. 3 und würde für den Transatlantikdienst bestimmt sein. Die Ausarbeitung der Pläne wird sofort nach Ankunft des Ingenieurs der Friedrichshagen-Werke, Dr. Karl Krause, begonnen werden. Dr. Krause wird in 14 Tagen mit 12 Ingenieuren Deutschland verlassen. Kapitän Ernst Brämann, der Vizepräsident der amerikanischen Gesellschaft, wird am Bau ebenfalls teilnehmen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Hauptfeind.

Die „Rote Fahne“ hat sich gestern wieder einmal ausgezeichnet. Der Schreck über die Reichstagsauflösung hat ihr das bisherige Verhalten geraubt. Als Sprachrohr der SPD. kann man freilich nicht erwarten, daß sie irgendeine klare politische Linie verfolgt oder eine Politik betreibt, die man als Arbeiterpolitik bezeichnen könnte. Aber immerhin, sozial Dumme hätten wir selbst der SPD. nicht zugetraut.

Also die neueste „Parole“ ist die „Bolschewisierung“ der SPD. Bisher nahm man an, die SPD. ist eine bolschewistische Partei. Das war offenbar ein großer Irrtum. Sie war wahrhaftig auch so eine „verräterische reformistische“ Partei und wird sehr durch Ausschüsse „bolschewisiert“. Aber nicht allein die SPD., auch die Gewerkschaften sollen nach dieser Methode des Selbstmordes aus Ueberzeugung „bolschewisiert“ werden. So beschloß kürzlich der Zentralausschuß der SPD. und wenn der etwas beschließt, dann haben die Gewerkschaften stramm zu stehen und Order zu parieren.

Der Zentralausschuß nahm zur „Gewerkschaftsfrage“ — für die Kommunisten ist die Gewerkschaftsbewegung noch eine heiß umstrittene Frage — auch eine Resolution an. Resolutionen müssen nun einmal formuliert werden. Diese Resolution vertritt die Mitglieder der SPD., sich gewerkschaftlich zu organisieren. Um zu dieser Erkenntnis zu kommen, haben die Kommunisten zwar einige Jahre gebraucht, und sie ging ihnen auch erst auf, als sie von Moskau einen direkten Befehl erhielten. Aber was da ausgesprochen wird, verdient dem Meer der Vergangenheit entrissen zu werden, in das die Parolen der SPD. zu versinken bestimmt sind. Diese Resolution beginnt also folgendermaßen:

„Der Zentralausschuß der SPD. erklärt: Die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der K. verpflichten alle Mitglieder der kommunistischen Parteien zur Mitgliedschaft und zur revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften. Nur durch eine zähe und zielklare revolutionäre Aufklärungs- und Organisationsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften kann der Reformismus in der Gewerkschaftsbewegung

der Hauptfeind im proletarischen Befreiungskampf, überwunden werden.“

So, nun weiß man es! Nicht die Unternehmer, die die Löhne drücken und die Arbeitszeit verlängern, sind der Hauptfeind im proletarischen Befreiungskampf. Nicht die Deutschnationalen, die zurüch wälen zur Konarchie des Brotwunders und des Militarismus, nicht die Böllischen, die den Militärstaat aufrichten wollen und zum Reichsbesitz treiben, nicht die schwerindustriellen, Volksparteiler sind der Hauptfeind der wächt moskowskischen Kommunisten: die sieben Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, die den kommunistischen Kram, ihren Parolen und ihren Fälschungen, ihre illegalen Aufschübe ablehnen und fest auf dem „reformistischen“ Boden der Sozialdemokratie stehen, die sind der „Hauptfeind“ der bolschewistischen Kommunisten!

Die kommunistischen Einzelgänger, die derart der erdrückenden Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft den Krieg erklären, im selben Augenblick, wo diese sich anklagt allen Feinden des Proletariats eine Entscheidungsschlacht zu liefern, reihen sich damit selbst die Wäse der „Einzelkämpfer“ vom Besitzt. Und das ist gut so. Der Zentralausschuß der SPD. hat damit allen Arbeitern gesagt, wo sie hingehören. Doch die SPD. als ernsthafter Gegner des Kapitalis und der Reaktion nicht mehr in Betracht kommt, darüber wird sich auch der Zentralausschuß der SPD. keiner Täuschung mehr hingeben. Den Kampf für die Befreiung des Proletariats führt in jeder Beziehung allein die Sozialdemokratie, Schützer an Schulter mit den „reformistischen“ freien Gewerkschaften. Die SPD. sagt allen Arbeitern, daß wir ihr „Hauptfeind“ sind. Somit stellt sie sich selbst auf die Seite der Deutschnationalen und der Böllischen. Es ist erfreulich, daß das von Anfang an klar ausgesprochen ist.

In der heutigen Nummer der „Roten Fahne“ wird dieser Kampf um die Einheitsfront der Kommunisten mit der Reaktion forgesetzt. In Hinblick fordert das bolschewistische Blatt seine Anhänger auf: „Der Wahlkampf muß in die Gewerkschaftsversammlungen getragen werden!“ — Wir sind zwar der Meinung, daß die Gewerkschaftsversammlungen zu anderen Zwecken dienen; aber wenn es die Kommunisten durchzuführen wollen, so sollen sie nur den Versuch machen! Sie werden ihre blauen Wunder erleben über den Empfang, den ihnen ihr „Hauptfeind“ bereiten wird. Hinter dieser Aufforderung, die Gewerkschaftsversammlungen als Ersatz für die leeren Wählerversammlungen der SPD. zur allgemeinen Käbbelerei zwischen Arbeitern desselben Berufs zu machen, also die Zersplitterung der Arbeiterschaft bis zu ihrer Lahmlegung zu treiben, heißt es dann: „Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung muß gerade im Wahlkampf von den Kommunisten mit allen Mitteln propagiert werden“. Hier kann man die Leiter wegziehen. Höher geht es in der Heuchelei wirklich nicht mehr.

Der Konflikt bei der Hochbahn.

Die gestern stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Organisationen des Personals der Hochbahn und der Direktion über den Abschluß neuer Lohn- und Manteltarife brachten folgendes Ergebnis:

Die Forderung der Organisationen, auch in Zukunft für das technische und das Fahrpersonal getrennte Manteltarife zu haben, wurde schließlich von der Direktion anerkannt. Dagegen wurden die weitergehenden Forderungen, die auf eine Verbesserung der Tarifbestimmungen abzielten, abgelehnt. Für das technische Personal bleibt die Arbeitszeit von täglich 8 1/2 Stunden bestehen. Die Verbesserungsanträge wegen der Bezahlung von Krankheitslagen und der Verlängerung der Urlaubszeiten wurden von der Direktion nicht anerkannt; es bleibt bei den bisherigen Bestimmungen des Tarifs. Die Löhne der Handwerker und Vorarbeiter werden pro Stunde um 5 Pf., die der Bohrer, Arbeiter und Handwerker auch um 5 Pf. erhöht. Die Lohnarbeiter, Angelernte, Ungerne und Bohrer betragen 4 Pf., Fahrleitungsbediensteten, Arbeiterinnen und Reinemachfrauen erhalten 3 Pf. pro Stunde mehr. Die Erhöhungen betragen im Durchschnitt 7 Proz.

Die Arbeitszeit für das Verkehrspersonal bleibt auch wie bisher mit 230 Stunden pro Monat bestehen. Die Bestimmungen für den Vorbereitungs- und Abschlußdienst und für die freien Tage haben eine wesentliche Verschlechterung erfahren. Auch in der Bezahlung der Krankheitslagen und des Urlaubs ist der Tarif nicht geändert worden. Der Verkehrsband hatte in bezug auf die Löhne beantragt, daß sich diese auf die entsprechenden Gruppen der Reichsbesoldungsordnung aufbauen sollten. Das hat die Direktion abgelehnt; die im folgenden aufgeführten Gehälter bleiben wesentlich dahinter zurück. Es sollen erhalten: Zugprüfer monatlich 169 M., Zugfahrer und Weichensteller Anfangsgehalt 156 M., Endgehalt nach elf Dienstjahren 167 M., Bahnhofswarte und Zugbegleiter 141 resp. 150 M., Bahnhofsinspektoren 123 resp. 135 M., Fahrkartenverkäuferinnen 106 bis 117 M., Reinemachfrauen erhalten pro Stunde 39 Pf. Die Erhöhungen betragen hier etwa 6 Proz.

Es besteht wenig Aussicht, daß das Personal der Hochbahn dieses Verhandlungsergebnis annimmt. Durch die Rücksichtslosigkeit der Direktion, nicht nur alle Verbesserungsanträge abzulehnen, sondern darüber hinaus noch Verschlechterungen durchzuführen, ist der Konflikt akut geworden.

Bezirksverband Brandenburg.

Unterbezirk Teltow-Beeskow.

Am Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in Berlin, Landtagsgebäude, Saal 7, ein

außerordentlicher Unterbezirkstag

statt.

Tagesordnung: 1. Die Partei und die Wahlen. 2. Aufstellung der Kandidaten. 3. Wahl der Delegierten zu dem am 2. November stattfindenden Bezirksparteitag.

Wir erfordern die Ortsvereine, sofort die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Jeder Ortsverein muß vertreten sein.

Der Unterbezirksvorstand, J. A. W. Drägemüller.

Unterbezirk Nieder-Oberbarnim.

Am Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, findet in Berlin, Landtagsgebäude, Saal 15, ein

außerordentlicher Unterbezirkstag

statt.

Tagesordnung: 1. Die Partei und die Wahlen. 2. Aufstellung der Kandidaten. 3. Wahl der Delegierten zu dem am 2. November stattfindenden Bezirksparteitag.

Wir erfordern die Ortsvereine, sofort die Wahl der Delegierten vorzunehmen. Jeder Ortsverein muß vertreten sein.

Der Unterbezirksvorstand, J. A. Hubert Kreuer.

Zum Tarifkonflikt in der Gasbetriebsgesellschaft.

Gleichzeitig mit den Gas- und Wasserwerkarbeitern der sächsischen Aktiengesellschaft nahmen gestern Abend die Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft in einer überfüllten Versammlung in der Bodbrauerei Stellung zu den Manteltariffragen, die besonders die Arbeitszeit betreffen. Bekanntlich war für die Gasbetriebsgesellschaft Ende vorigen Monats das Ueberarbeitszeitabkommen abgefallen. Ein Schiedsgericht sah die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit vor. Die Arbeiter hatten den Spruch angenommen, während ihn die Direktion ablehnte. Einad vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter berichtete über die Verhandlungen, die mit der Direktion wegen des Streikfalls gepflogen worden sind und erklärte, daß der Kampf unvermeidlich sei, wenn das Reichsarbeitsministerium die vom Verband beantragte Verbindlichkeitsklärung nicht aussprechen sollte. Nach eingehender Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in der Bodbrauerei versammelten Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft protestieren gegen die Verschleppung der Verhandlungen über den Mantel- und Lohnarif. Die Versammelten erwarten, daß die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums über den schon am 1. Oktober eingereichten Antrag auf Verbindlichkeitsklärung nicht weiter verzögert wird. Sollte die Verbindlichkeitsklärung abgelehnt werden, so hat sofort die Urabstimmung über den Streik zu erfolgen. In diesem Falle sind die Arbeiter gewillt, mit allen Kräften den Kampf zu führen für die Anerkennung des Schiedsspruches über den Manteltarif und für eine ausreichende, den heutigen Verhältnissen angemessene Lohnhöhung.“

Die „Rote Fahne“ schreibt in ihrem Bericht über die Versammlung im Friedrichshain, daß Genosse Polenske es „wagte“, das Abkommen mit der Direktion zur Annahme zu empfehlen, und daß in der Diskussion die Mehrzahl der Redner gegen das Abkommen gesprochen hätten. Dazu ist zu bemerken, daß Polenske als Berichterstatter der Obleute sprach, die mit 20 gegen 6 Stimmen dem Abkommen zugestimmt hatten. Unter diesen Obleuten sprachen sich sämtliche führende Mitglieder der SPD. für das Abkommen aus. In der Volksversammlung, wo ja vier Redner für und gegen das Abkommen sprachen, trat u. a. der Kommunist Kamin sehr warm für die Annahme des Abkommens ein. Wir sind neugierig, was die SPD. mit diesen offenbaren „Verrätern“ tun wird.

Einigung im Versicherungsgewerbe.

Der Tarifstreit im Versicherungsgewerbe ist durch eine am 20. Oktober im Reichsarbeitsministerium getroffene Vereinklung mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen beigelegt worden. Hiernach werden mit Wirkung vom 1. Oktober ab die bisherigen Bezüge der Lehrlinge und jugendlichen Angestellten um 15 Proz., die Gehälter der Angestellten über 20 Jahre, die sozialen Zulagen und die Spensätze der Auf-

beamten um 7 Proz. erhöht. — Durch Schiedspruch vom 8. Oktober war bekanntlich eine Gehaltserhöhung von durchschnittlich 24 Proz. für die Lehrlinge und jugendlichen Angestellten, für die über 20 Jahre alten Angestellten eine solche von 8 Proz., und zwar bereits ab 1. September zugesprochen worden. Wenn der Zentralverband der Angestellten und die übrigen am Reichstafel beteiligten Angestelltenverbände einer vergleichsweisen Erledigung auf der bezeichneten ungenügenden Grundlage zustimmen, so war hierfür die Erziehung ausfögligend, daß bei den Arbeitnehmern günstigen Schiedsprüche auch nicht auf eine Verbindlichkeitsklärung durch das Reichsarbeitsministerium gerechnet werden kann.

Löhne nach der Bedürftigkeit.

In vielen Ländern ist während des Krieges die Zahlung von Familienlöhnen eingeföhrt worden, die nicht in Hinblick auf geleistete Arbeit, sondern auf die Unterhaltungspflicht des Arbeiters gewöhrt werden. In Frankreich bestand dieses System schon vor dem Kriege in gewissen staatlichen Verwaltungszweigen. Das Internationale Arbeitsamt wurde häufig um Auskunft über Familienlöhne angefragt. Um den Wünschen nach diesbezüglichen Aufschüssen zu genügen, wird es demnächst die Ergebnisse einer internationalen Erhebung über den Gegenstand veröffentlichen. Ein Aufsatz in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ unterrichtet über die Gründe der Einführung der Familienlöhne und die Art ihrer Zahlung. In Frankreich und Belgien erfolgt die Zahlung zumeist durch Ausfögligkeiten der Unternehmer, in anderen Ländern ist die Sache durch Tarifverträge geregelt, und es besteht keine scharfe Unterscheidung zwischen Lohn und Familienzulage. Genaue Zahlen darüber, wie vielen Arbeitern Familienzulagen zugute kommen, liegen bloß aus wenigen Ländern vor. In Frankreich beschäftigen jene Unternehmungen, die Ausgleichskosten angehören, über eine Million Arbeiter; zählt man dazu die Eisenbahner, Bergarbeiter, die öffentlichen Bediensteten usw., so beträgt die Gesamtzahl 2 700 000. Von den Zahlungen des Staates abgesehen, belaufen sich die Aufwendungen für Familienzulagen auf etwa 300 Millionen Frank im Jahr. In Belgien kommen Familienzulagen ungefähr 280 000 Arbeitern zugute. Der Betrag der Zulagen ist etwa 20 Millionen Frank im Jahr. In den Niederlanden erhalten rund 87 000 Arbeiter Familienzulagen. In allen Ländern Europas kommen solche Zulagen schätzungsweise für 8 Millionen Arbeiter in Betracht.

Kautsky-Feier.

Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlins und die Berliner Funktionäre hatten Dienstagsabend zu einer Kautsky-Feier in die Aula des Gymnasiums in der Mittenwälder Straße geladen. Feierliche Degallänge leiteten ein, und die Improvisationen Karl Dittos auf der Orgel gingen über zur Begleitung der Sängerin Rosa Horth-Sell, die Mozarts Komate mit der erzenen Stimme „Die ihr des unermesslichen Weltalls Schöpfer seid“ vorzüglich sang. Dann hielt Genosse Hilferding die Festrede über das Thema „Kautsky und sein Werk“. Er schritt mit den Zuhörern von Station zu Station im Leben Kautskys, um zu erklären, wie dieser, der Spruch eines behäbigen bürgerlichen Bürgerhauses, zum Sozialismus gekommen ist. Das erste große Erlebnis in Kautskys Leben war der Zustand der Kommune nach dem deutsch-französischen Feldzug. Er begann nach dem Sozialismus zu suchen, zunächst unter der Führung der romantischen Romane einer George Sand, und er fand, wie so mancher andere Intellektuelle vor ihm und nach ihm, zunächst den Gefühlssozialismus. Dann stößt er auf Bakunin und auf Marx und auf dessen „Kapital“. Gleichzeitig studiert er Darwin, wird von Smith und John Stuart Mill angezogen, wie es denn überhaupt bemerkenswert genug ist, daß Kautsky sich auch auf dem Gebiet der Naturwissenschaften und der Biologie das Wissen eines Hochschülers angeeignet hat. Im Jahre 1880 lernt Kautsky in Zürich Bernstein und Bebel kennen, er wird nach London zu Marx und Engels geschickt, und er ringt von neuem, um Marx zu verstehen und Marxist zu werden. Die Gründung der „Neuen Zeit“ endlich schafft ihm das geistliche Instrument für sein großes Werk. Er arbeitet unermüdlich daran, Wissenschaft und Arbeiter zusammenzubringen, und sein Bestreben geht dahin, daß der Klasseninstinkt zum Klassenbewußtsein erhoben wird. Die materialistische Geschichtsauffassung will er den Massen verständlich machen. Es kommt der Kampf um den Revisionismus, und hier gebührt Kautsky das Verdienst, verhindert zu haben, daß in den Marxismus hinein kommt, was die Massen verwirren kann. Dann der Krieg. Kautsky hat auch während dieser Zeit die beiden großen Ziele verfolgt, die Einheit der Partei zu erhalten und für die sozialistische Internationale zu kämpfen. Als Kautsky nach dem Kriege den Bolschewismus bekämpfte, wurde er von vielen angegriffen und stand eine Weile isoliert. Doch die Geschichte hat ihm recht gegeben. Die Isolierung hat aufgehört, und er ist heute eng verbunden mit dem Empfinden des Proletariats. Kautsky hat, so schloß Hilferding, von allen wissenschaftlichen Sozialisten am klarsten und konsequentesten gearbeitet. Einfach und klar ist sein Stil, und einfach ist stets sein Leben gewesen.

Da Hilferding Kautsky als den Königer für die Internationale gefehrt hatte, sang Rosa Horth-Sell zur Klavierbegleitung von Dr. Alexander Köbiger ein paar internationale Lieder. Und zum Schluß erkundete wieder die Orgel. Ihre Harmonien entließen die Zuhörer von einer Veranstaltung, die nicht nur Feier von Kautskys Geburtstag war, sondern die man gleichwohl als würdigen Anfang und Auftakt des kommenden Wahlkampfes ansprechen durfte.

Kautsky-Ehrung.

Der Bezirksbildungsausschuß hatte gestern Abend die Funktionäre von Groß-Berlin zu einer Kautsky-Feier nach der Aula des Gymnasiums in der Mittenwälder Straße geladen. Am Schluß der Feier, über die wir an anderer Stelle des Botens ausführlich berichten, wurde folgendes Telegramm an Kautsky gesandt: „Dem großen Führer des internationalen Proletariats senden die zu einer Kautsky-Gedenkfeier versammelten Funktionäre der Sozialdemokratie Berlins Gruß und Dank. Künstler.“

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Galmers; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götzen; Revolution: Dr. John Schönmatt; Soziales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Gredt; Schriftlich in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin C.M. 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Betriebsbetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
— Fernsprecher: Norden 1198 —
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

Karl Wilhelm Stange
geb. 3. 10. 1893, möchte ein Lebenszeichen an seine alte Mutter in Swinemünde geben. Wer über den Verkehr und jeglichen Inhalt orientiert ist, wird gebeten, Nachricht zu geben an Frau **Ww. Marie Stange** Swinemünde, Kühlstraße 2

Pelz Stoffe
Kattbusen
Anzüge, Kostüme
Mäntel, Kleider, Seidenstoffe
Konfektion
Mäntel, Kostüme, Röcke
Gut-Real-Billing!
2% Rabatt für Mitglieder

Auf Teilzahlung 1/2 Anzahlung
Rest in 6 Monatsraten
zu Bodenpreisen kaufen Sie elegante, gutliegende **Herrn- und Damen-Gummimäntel** bei **ALBERT Schenk**
Höpenrieder Str. 127
Hof reitend, kein Boden.
Eröffnung 9-7 Uhr. Diebstahl-Kassenriert!
Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, 5 Jah. matrutz. an Private. Bequeme Bedingungen. Katalog 30 Pf. frei
Bismuthöbelfabrik Suhl (Thür.)

Zähne 1 u. 2 G.M. Teilzahlung
gestattet d. kl. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.M. an. Ersatzkronen v. 3 G.M. an. Zähne ohne Gummiplatte v. 3 G.M. an. Zahnst. mit Gebiß 1 G.M. u. Bestelle von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 1 Jahre weltgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.
Malvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönbrunn
Vorzehrer 10% Rabatt.

Fahrräder und Nähmaschinen
Auf Teilzahlung
Zettha, Berlin
Leichtmetallräder
Oranienburger Strasse 65
Wirksam sind die **KLEINEN ANZEIGEN** in der Gesamtanzahl des „Vorwärts“ und **billig!**

Auf Teilzahlung!
Herrn-Garderobe
Gute Qualitäten zu soliden Preisen
CANNITZER
Schönbauer Allee 821, am Intern. und östl. Nordring

HOLZHAUSER
von 500 Mk. an. Schuppen, Hallen, Gerägen etc. liefert preiswert und kurzfristig
Holzhausbau Litzmann
3 34, Lützowstraße 51-53
Norden 1127-71

Steppecken
Bretelwerk, direkt Fabrik
Bernhard Strohmendel,
72 Wallstr. 72/73, Spittelmarkt,
C. Gebel u. Nilsburg, Pl. 2
Zite Steppecken webd aufgez.